

Zeitleiste - Integrationsstufen/Erweiterungsrunden:

1951 EGKS

Gründung der EGKS
Kontrolle Deutschlands und Einbindung in Europa
Kontrolle über die kriegsnotwendigen Rohstoffe Kohle und Stahl

1957 Gründung der EWG

Mitgliedsstaaten der EGKS
Zielsetzung, gemeinsamer Binnenmarkt - Wirtschaftliche Union
Gründung der Euratom

1965 EWG, EGKS und Euratom werden zu den Europäischen Gemeinschaften zusammengefasst

1973 Norderweiterung

Britannien (nach gescheitertem Antrag 1963), Dänemark und Irland treten der EG bei

1981 Süderweiterung

Griechenland tritt trotz starker Bedenken (Vormals Militärdiktatur, gespanntes Verhältnis zur Türkei, starke Armut und wirtschaftlich agrarisch ausgerichtet) der EG bei

1986 Süderweiterung

Spanien und Portugal treten der EG bei
"Befreiung" aus der Isolation in die beide Staaten, allerdings besonders Spanien durch die Franco Diktatur, geraten waren
Einladung Jugoslawiens, was diese jedoch ablehnte

1990 Deutsche Wiedervereinigung

Keine offizielle Erweiterungsrunde da der BRD einfach das Gebiet der DDR hinzugefügt wurde

1992 Verträge von Maastrich

1995 zweite Norderweiterung

Österreich Schweden und Finnland treten bei, in Norwegen scheitert der Beitritt am Volksentscheid

1997 Verträge von Amsterdam

2000 Vertrag von Nizza

2003 Der Vertrag über die Verfassung Europas wird erarbeitet

2004 Osterweiterung

Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Malta und Zypern
Wirtschaftlich kontraproduktiv da die Oststaaten mehr Unterstützung brauchen als sie Beiträge zahlen, politisches Signal

2005 Verfassung wird abgelehnt

In Frankreich und den Niederlanden scheitert die Verfassung da sie vom Volk abgelehnt wird

2007 Zweite Osterweiterung

2007 Eu Reformvertrag wird fertiggestellt

Rumänien (unter strengen Auflagen) und Bulgarien treten bei

Verträge :

Vertrag über die Europäische Union (Vertrag von Maastrich 1992)

- Zusammenschluss der EG, der gemeinsamen Außen und Sicherheitspolitik und der Zusammenarbeit im Bereich Justiz (3 Säulen der EU / Grafik)
- "Gründungsvertrag der EU"
- Geplanter erster Schritt zu einer gemeinsamen EU Verfassung die die Verträge später ersetzen sollte

Inhalt:

- Geplante Währungsunion in 3 Schritten
- Unionsbürgerschaft - "Europabürger"
- Einführung des Mitentscheidungsverfahrens
- "Abgestufte Integration" - Vertrag über erweiterte Sozialpolitische Zusammenarbeit wurde von Großbritannien zunächst abgelehnt

Vertrag von Amsterdam 1997

- Ausdehnung des Mitentscheidungsverfahrens auf weitere Gebiete
- "Außenminister" für Sicherheitspolitik - Vertretung der EU nach aussen (Vorsitzender des Europäischen Rates)

Vertrag von Nizza 2000

- "alte" EU war Handlungsunfähig, da ihre Verfahren für 6 Länder gemacht wurden und für eine erweiterte EU nicht mehr funktionierten (Einstimmigkeit)
- Demokratisierung (qualifizierte Mehrheit statt Einstimmigkeitsbeschluss in vielen Bereichen)
- Stimmensystem (siehe Tabelle)
- qualifizierte Mehrheit = 258 / 345 Stimmen & 62% der Bevölkerung der EU (siehe Grafik)

Abgelehnte EU Verfassung und der Reformvertrag

- Reformierung des EU Vertrags von Maastrich
- Teilweise die stärkere Einarbeitung der Verträge von Amsterdam und Nizza
- "Neue Verfassung" löst die alten und veränderten Verträge ab (Neuanfang)

Inhalt:

- Subsidiaritätsprinzip (EU handelt nur wenn das Problem auf Unionsebene besser angegangen werden kann)
- Abgestufte Integration (Verträge unter Ausschluss einzelner Länder die diese verweigern werden offiziell möglich (€uro als Beispiel))
- Bürgerbegehren
- Einführen der doppelten Mehrheit (55% der Stimmen / 65% der Bevölkerung / Eine Stimme pro Land)

Kritik:

- Fahne, Hymne etc deuten zu sehr auf einen supranationalen Staat hin
- Prinzip der doppelten Mehrheit wurde von den benachteiligten Ländern (bes Polen / Spanien) zunächst abgelehnt
- Starke Supranationale Orientierung

Lösung:

- Reformvertrag statt Verfassung, Verzicht auf Hymne etc
- Reformierung der alten Verträge statt neuer Verfassung
- Vom 2014 bis 2017 gilt die doppelte Mehrheit, wie sie bereits im Verfassungsvertrag vorgesehen waren, während dieses Zeitraums kann jedoch jedes Ratsmitglied „beantragen“, dass weiterhin die Abstimmungsregeln des Vertrags von Nizza Anwendung finden.

Ab 2017 soll das neue Abstimmungsverfahren uneingeschränkt gelten.

GASP (Gemeinsame Außen und Sicherheitspolitik der EU):

- Definiert einen Rahmen für die Zusammenarbeit der EU Staaten in der Außen und Sicherheitspolitik
- Die zweite der 3 Säulen der EU
- Stark Intergouvernemental

Ziele:

- Wahrung der gemeinsamen Werte der Union
 - Stärkung der Sicherheit der Union
- Wahrung des Friedens und der internationalen Sicherheit
- Förderung der Internationalen Zusammenarbeit
 - Entwicklung und Stärkung der Demokratie und der Menschenrechte

Aufbau:

- Europäischer Rat beschließt die Maßnahmen der GASP
- Europäische Kommission hat ein Initiativrecht
- Parlament verfügt über ein Anhörungs und Informationsrecht
- Rat der europäischen Union "steuert" die GASP nach Vorgaben des Europäischen Rates

Instrumentarium:

Festlegen von:

- Grundsätze / Leitlinien
- Gemeinsame Strategien

Festlegen gemeinsamer Standpunkte:

- Verbindliche Vorgabe an die einzelnen Länder im Bezug auf bestimmten Fälle / Ereignisse tätig zu werden

Beschliessen gemeinsamer Aktionen:

- Die EU wird als ganzes Tätig (zb Sanktionen / Entsenden von Wahlbeobachtern)

Erklärung:

- Die EU bezieht als ganzes zu einem bestimmten Thema Stellung - Politische Festlegung der Mitgliedsstaaten



Die Europäische Union

1. Säule Europäische Gemeinschaften

- Agrarpolitik
- Zollunion und Binnenmarkt
- Strukturpolitik
- Handelspolitik
- Wirtschafts- und Währungsunion
- Bildung und Kultur
- Forschung und Umwelt
- Gesundheitswesen
- Verbraucherschutz
- Sozialpolitik

EG

2. Säule Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

Außenpolitik:

- Gemeinsame Positionen
- Friedenserhaltung
- Menschenrechte
- Demokratie
- Hilfe für Nicht-EU-Staaten

Sicherheitspolitik:

- Gemeinsames Vorgehen
- Kampf gegen den Terrorismus
- Gemeinsame Truppen

GASP

3. Säule Polizeiliche und justiz. Zusammenarbeit

- Kampf gegen die organisierte Kriminalität (z.B. Drogen, Menschenhandel)
- Einwanderungs- / Asylpolitik
- Zusammenarbeit in Zivil- und Strafprozessen
- Polizeiliche Zusammenarbeit

PJZS

Land	Einwohner	Stimmen
–	[Mio.]	
Deutschland	82,5	29
Frankreich	62,5	29
Vereinigtes Königreich	59,4	29
Italien	57,7	29
Spanien	39,4	27
Polen	38,6	27
Rumänien	21,7	14
Niederlande	15,8	13
Griechenland	10,6	12
Tschechien	10,3	12
Belgien	10,2	12
Ungarn	10,0	12
Portugal	9,9	12
Schweden	8,9	10
Österreich	8,1	10
Bulgarien	7,3	10
Slowakei	5,4	7
Dänemark	5,3	7
Finnland	5,2	7
Litauen	3,7	7
Republik Irland	3,7	7
Lettland	2,4	4
Slowenien	2,0	4
Estland	1,4	4
Zypern	0,8	4
Luxemburg	0,4	4
Malta	0,4	3
EU	483,6	345